

238/J

der Abg. Dr. Povysil, Haigermoser, Dr. Pumberger
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Heilbehelfe und Hilfsmittel - Finanzierung

Der Kostenanteil des Versicherten für Heilbehelfe (Optiker- , Bandagisten- und Orthopädiewaren) beträgt ab Jänner 1996 10 % der tariflichen Kosten. Die Wiener Gebietskrankenkasse- Versicherten müssen jedoch einen Mindestbetrag von öS 259 , - auf jeden Fall selbst entrichten, womit gerade bei billigen Brillen und einfachen orthopädischen Waren der 10 %-Anteil des Patienten weit überschritten wird.

Von der Kostenbeteiligung befreit sind Kinder unter 15 Jahren, Vollwaisen, schwerbehinderte Kinder und von der Rezeptgebühr befreite Personen.

Während der Hauptverband der Sozialversicherungsträger bei den Tarifverhandlungen über Arzneimittel den Sparstift ansetzt , räumte er den Verhandlungspartnern bei orthopädischen Schuheinlagen Tarifanhebungen bis zu 100 % ein - ein Umstand, den manche Branchen- insider darauf zurückführen , daß ein naher Verwandter der Bundeskanzlergattin, bekanntlich Miteigentümerin der Firma Normalia orthopädiebedarf-Bandagen-Schuhe Kristen GesmbH & Co KG, als Großlieferant für Patienten der Wiener Gebietskrankenkasse, mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger die Tarife für die Orthopädiebranche aushandelt.

Orthopädische Untersuchungen an Wiener Pflichtschülern im Schuljahr 1993/94 haben bei 6.397 untersuchten Kindern insgesamt 8.057 orthopädische Auffälligkeiten festgestellt , obwohl die Sonderschulen für Körperbehinderte aus diesem Ergebnis ausgeklammert sind. 16 , 73 % der untersuchten Kinder wiesen Fußanomalien auf.

Der Nutzen der großzügigen Tarifgestaltungs- und Verschreibungspraxis bei orthopädischen Schuheinlagen für den tatsächlichen Gesundheitszustand darf also mit Fug und Recht bezweifelt werden. Die Schröpfung von Versicherten, Patienten und Steuerzahlern zugunsten der Gattin des Bundeskanzlers und ihrer Verwandten sollte durch verbesserte Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsvorsorge ersetzt werden.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

1. Verfügt Ihr Ressort über gültige Zahlen betreffend die Ausgabenentwicklung der österreichischen Krankenkassen für Optikerwaren ab 1990 ?
- 2 . Verfügt Ihr Ressort über gültige Zahlen betreffend die Ausgabenentwicklung der österreichischen Krankenkassen für Orthopädie-waren (insbesondere orthopädische Schuheinlagen) ab 1990 ?
- 3 . Wie hoch waren die jährlichen Ausgaben der Wiener Gebietskrankenkasse für orthopädische Schuheinlagen ab 1990 ?
- 4 . Verfügt Ihr Ressort über gültige Zahlen betreffend die Ausgaben-

entwicklung der österreichischen Krankenkassen für sonsstige Hilfsmittel und Heilbehelfe ab 1990 ?

5 . Was sind - aus der Sicht Ihres Ressorts - die Vor- und Nachteile der bisherigen Abrechnungspraxis mit den Lieferanten von Hilfsmitteln und Heilbehelfen(Inkasso des Selbstbehaltes direkt beim Patienten , Sammelabrechnung mit der Krankenkasse) ?

6 . Welche Änderungen dieses Abrechnungssystems sind geplant ?

7 . Wieviele Personen erhielten 1995 mit Kostenbeteiligung der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse orthopädische Schuheinlagen ?

8 . Wieviele Personen erhielten 1995 mit Kostenbeteiligung der Wiener Gebietskrankenkasse orthopädische Schuheinlagen ?

9 . Welche Personen sitzen namens welcher Gebietskörperschaften , Interessensvertretungen und sonstiger Institutionen in den Verhandlungsteams zur Vereinbarung der 1995 und 1996 gültigen Tarife für die verschiedenen Heilbehelfe und Hilfsmittel , insbesondere orthopädische Schuheinlagen ?

10 . Welche gesundheitspolitischen und gesundheitsökonomischen Schlüsse zieht Ihr Ressort aus den Ergebnissen der orthopädischen Untersuchungen an Wiener Pflichtschülern im Schuljahr 1993/94 , veröffentlicht im Gesundheitsbericht 1994 der Stadt Wien ?

11 . Ist der Mindestselbstbehalt bei Heilbehelfen und Hilfsmitteln von öS 259 , - aus der Sicht Ihres Ressorts für Berufstätige mit geringem Einkommen sozial gerecht ?